

Ortsrecht-Sammlung

Vorschrift: **Satzung über Aufwands-, Verdienstausfall- und Auslagenentschädigung für Ratsmitglieder und ehrenamtlich tätige Personen**

Beschließendes Organ: **Gemeinderat Westerholt**

Zuständig in der Verwaltung: **Hauptamt**

Fundstellennachweis:

Bezeichnung	Datum vom	Beschluss vom	Genehmigung		Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Wittmund			Inkrafttreten am
			am	von	Nr.	vom	Seite	
Neufassung	23.11.1976	22.11.1976			20	30.11.1976	88	01.12.1976
1. Änderung	17.04.1980	15.02.1980			9	15.06.1980	43	16.06.1980
2. Änderung	22.03.1982	19.03.1982			5	01.04.1982	20	02.04.1982
3. Änderung	09.12.1983	09.12.1983			23	20.12.1983	132	01.01.1984
4. Änderung	19.02.1988	19.02.1988			5	01.03.1988	16	02.03.1988
5. Änderung	09.12.1988	09.12.1988			20	20.12.1988	65	01.01.1989
Neufassung	20.12.2001	20.12.2001			13	28.12.2001	123	01.01.2002
1. Änderung	05.12.2014	05.12.2014			14	30.12.2014	107	01.01.2015

Erläuterungen:

Satzung

über Aufwands-, Verdienstaufschlag- und Auslagenentschädigung für Ratsmitglieder und ehrenamtlich tätige Personen

unter Berücksichtigung der Änderungssatzung vom 05.12.2014

Aufgrund der §§ 6, 29, 39 und 40 der Nieders. Gemeindeordnung (NGO) vom 22.08.1996 (Nieders. GVBl. S. 382) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Gemeinde Westerholt in seiner Sitzung am 20. Dezember 2001 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

- (1) Die Tätigkeit als Ratsmitglied und die sonstige ehrenamtliche Tätigkeit für die Gemeinde wird grundsätzlich unentgeltlich geleistet. Anspruch auf Erstattung von Verdienstaufschlag und Auslagen besteht im Rahmen der Höchstbeträge nach dieser Satzung. Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und sonstige ehrenamtlich tätige Personen werden nur im Rahmen dieser Satzung gezahlt.
- (2) Eine monatliche Aufwandsentschädigung wird jeweils für einen vollen Monat im voraus gezahlt, auch dann, wenn der Empfänger das Amt nur für einen Teil des Monats innehat.
- (3) Führt der Empfänger einer Aufwandsentschädigung seine Dienstgeschäfte ununterbrochen länger als zwei Monate nicht, so entfällt die Aufwandsentschädigung für die darüber hinausgehende Zeit. Vom gleichen Zeitpunkt an erhält der die Geschäfte führende Vertreter die Aufwandsentschädigung des Vertretenen.
- (4) Ruht das Mandat, so wird keine Aufwandsentschädigung gezahlt.

§ 2

- (1) Die Ratsmitglieder und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder erhalten als Ersatz ihrer Auslagen für die Teilnahme an einer Ausschuss- oder Ratssitzung je Sitzung ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,00 EUR. Durch dieses Sitzungsgeld sind die Fahrtkosten innerhalb des Gemeindegebietes abgegolten. Vom Gemeinderat genehmigte Besprechungen und Besichtigungen sind einer Sitzung gleichzustellen. Ist der/die Protokollführer/in kein Ratsmitglied, gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend. Für die Anfertigung der Niederschrift erhält der/die Protokollführer/in eine Entschädigung in Höhe eines weiteren Sitzungsgeldes. Das Sitzungsgeld gilt für eine Sitzung.

- (2) Neben dem Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder des Rates und die sonstigen Ausschussmitglieder den entstandenen und nachgewiesenen Verdienstaufschlag, einschließlich der Aufwendungen für eine Kinderbetreuung, bis zu einem Höchstbetrag von 15,00 EUR/Std. erstattet, wenn die Sitzung an einem Arbeitstage und während der üblichen Arbeitszeit stattfindet. Als Ersatz kann eine Pauschalvergütung von 60,00 EUR je Tag gewährt werden.
- (3) Ratsmitglieder oder nicht dem Rat angehörende Ausschussmitglieder, die ausschließlich einen Haushalt führen und keinen Verdienstaufschlag geltend machen, erhalten auf Antrag als Ersatz eine Pauschalvergütung von 60,00 EUR je Tag.
- (4) Ratsmitglieder, die keine Ersatzansprüche nach Abs. 2 geltend machen können, denen aber im beruflichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten auf Antrag eine Pauschalvergütung von 60,00 EUR je Tag.
- (5) In der Regel genügt als Nachweis die schlüssige Darlegung des tatsächlichen Verdienstaufschlages in Verbindung mit der ausdrücklichen Versicherung, dass der Verdienstaufschlag in der geltend gemachten Höhe tatsächlich durch die Wahrnehmung des Mandats bzw. durch die ehrenamtliche Tätigkeit entstanden ist.
- (6) Auf Antrag des Anspruchsberechtigten wird der Verdienstaufschlag in Höhe des Bruttobetragtes an den Arbeitgeber erstattet werden, jedoch nur bis zum festgesetzten Höchstbetrag.

§ 3

- (1) Bei Dienstreisen außerhalb des Gemeindegebiets, die auf Anordnung des Rates ausgeführt werden, erhalten die/der Bürgermeister/in, die Mitglieder des Rates und die Ausschussmitglieder Reisekostenvergütung nach den dem SG-Bürgermeister der Samtgemeinde Holtriem zustehenden Sätzen. Daneben wird der nachgewiesene Verdienstaufschlag erstattet.

§ 4

- (1) Der/Die Bürgermeister/in erhält monatlich
 - a) eine Aufwandsentschädigung nach § 44 NKomVG von 300,00 EUR,
 - b) eine Aufwandsentschädigung nach § 54 NKomVG von 600,00 EUR,
 - c) in der Funktion als Bürgermeister/in eine Fahrtkostenentschädigung von 160,00 EUR für Fahrten innerhalb des SG-Bereiches Holtriem.
- (2) Die zwei gleichberechtigten stellvertretenden Bürgermeister/innen erhalten eine monatlich im Voraus zu zahlende Aufwandsentschädigung in Höhe von jeweils 100,00 EUR.

§ 5

Die Ratsmitglieder erhalten jährlich für 12 Fraktionssitzungen, die der Vorbereitung von Fachausschuss- und Ratssitzungen dienen, ein Sitzungsgeld von je 25,00 EUR.

§ 6

Für die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der nach dieser Satzung gezahlten Entschädigungen gelten die hierüber ergangenen besonderen Bestimmungen.

§ 7

- (1) Diese Satzung tritt zum 01. Januar 2002 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über Aufwandsentschädigung und Ersatz von Auslagen und Verdienstausfall der Gemeinde Westerholt vom 22.11.1976 mit den dazu ergangenen Änderungen außer Kraft.

Westerholt, den 20. Dezember 2001

Gemeinde Westerholt

(L. S.)

gez. Eilers
Bürgermeister